

GERADE. RICHTIG.

18. September: CDU wählen

Das sagt die CDU zum Thema:

Finanzen

Der Bezirk erhält seine Finanzmittel als pauschale Zuweisung vom Senat. Diese Mittelzuweisung erfolgt auf eine nicht nachvollziehbare Art und Weise im Rahmen der sogenannten Kosten- und Leistungsrechnung. In den letzten Jahren ist den Bezirken die Mittelzuweisung ständig gekürzt worden. Der rot-rote Senat benutzt die Finanzen als Instrument zur Abschaffung der Bezirke, obwohl dort 90 % der Leistungen für die Menschen erbracht werden. Berlin braucht starke Bezirke und keine zentralistischen Ämter, die zu Bürgerferne und Entscheidungen vom grünen Tisch führen.

Wir fordern daher:

- die Bürokratie auch durch Entschlackung von Verwaltungsvorschriften auf das notwendige Maß zu reduzieren. Nur so lässt sich in der Verwaltung Geld einsparen;
- die Rückführung von Gebühren und Abgaben auf das Notwendige. Berlin braucht mehr Wirtschafts- und Kaufkraft. Deshalb sind zum Beispiel Tourismusabgaben oder Belastungen etwa durch das Straßenausbaubeitragsgesetz völlig verfehlt;
- den jahrelangen Anstieg bei Sozialausgaben zu beenden. Mehr als zwei Milliarden Euro Ausgaben ohne Kontrolle insbesondere der Wirksamkeit der Mittelvergabe müssen auf den Prüfstand. Rot-rote Filzaffären wie etwa bei der Treberhilfe sind zu beenden;



BERND KRÖMER.
Bezirksbürgermeister
für Tempelhof-Schöneberg.

CDU

- die wenigen frei verfügbaren Bezirksmittel werden wir auf die Bereiche Bildung, Erziehung, Kultur und Sport sowie die Instandhaltung der öffentlichen Anlagen konzentrieren;
- die Definition eines Gebäudebestands als "Kernbestand des Bezirks" der vorrangig instandgehalten wird und der langfristig nicht aufgegeben oder veräußert werden soll;
- die aus der vom Land Berlin beschlossenen Schulstrukturreform resultierenden Kosten durch gesonderte Mittelzuweisung an die Bezirke zu finanzieren;
- die Nutzung der Schulgebäude auch für kulturelle Aufgaben außerhalb des Schulbetriebs (Musikschule, VHS, Integrationskurse, Verwaltungsfortbildungen usw.).
- den Verzicht auf eigenfinanzierte Neubauten im Bezirk. Die Sanierung bestehender Gebäude und Anlagen hat Vorrang.